

Vossener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Dienstag, 8. Dezember
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Nr. 860.

Das Abonnement auf dieses Jahrgang...
Preis 1 Thaler 10 Sgr.

Die Redaktion...
Verlag von Vossner & Co.

Amliches.

Berlin, 7. Dezember. Der König hat dem Schulzen Mühlbrand zu Miercio im Kreise Mogilno, dem Schulzen Meyer zu Arnheide im Kreise Schubin und dem Provinzial-Caufmann-Ausscher Müller zu Schönlanke im Kreise Garnikau das Allgem. Ehrenzeichen, dem Kaufmann Edwin Einhard Emil Rawin, Inhaber der Firma A. B. Wurman zu Berlin, das Prädikat eines Königl. Hoflieferanten verliehen.

Die Kataster-Kontroleure Möring in Stargard i. Pommern, Kloss zu Steinau a. D., Gebauer zu Habelschwerdt, Reigan zu Oppeln, Biesler zu Kreuzburg, Hannig zu Neustadt Oberschl., Nietsch zu Herzford, Jung zu Fierlohn und Bellingraich zu Drabenderböhle sind zu Steuer-Inspektoren ernannt. Dem Rektor a. D. Dr. Raphael Kühner in Hannover ist das Prädikat „Professor“ beigelegt, dem Königl. Kreis-Baumeister Karl Hermann Wendi, früher in Carthaus, die in eine Kreisbaumeisterstelle umgewandelte Bau-Beamtenstelle für den Kreis Teltow verliehen und gestattet worden, bis auf Weiteres in Berlin seinen Wohnsitz zu nehmen. Der Direktion der Berlin-Hamburger Eisenbahn-Gesellschaft ist die Erlaubnis zur Anfertigung der generellen Vorarbeiten für eine, von der Strecke Charlottenburg-Spandau der Berlin-Hamburger Eisenbahn sich abzweigende Bahn nach Charlottenburg zum Anschluß an die, für die Berliner Stadtbahn, die Staatsbahn Berlin-Wehlar und die Berliner Verbindungsbahn projektierten Bahnhofsanlagen, erteilt worden.

Telegraphische Nachrichten.

München, 7. Dezember. Der Staatsminister des Auswärtigen v. Pfeilschner und der Finanzminister Berr werden heute Abend zur Teilnahme an den Verhandlungen des Bundesraths nach Berlin abreisen.

Bern, 7. Dezember. Aus Bellinzona (Kanton Tessin) wird gemeldet, daß gestern die Eröffnung der Bahnstrecken Bellinzona-Verona und Lugano-Chiasso der Gotthard-Bahn stattgefunden hat.

Rom, 6. Dezember. Die „Opinione“ weist auf die große politische Bedeutung der Aufhebung des deutschen Gesandtschaftspostens beim päpstlichen Stuhle hin und hebt namentlich hervor, daß Italien diesem Schritte der deutschen Reichsregierung gegenüber sich nicht gleichgültig verhalten, vielmehr in demselben einen neuen Erfolg übereinstimmender Grundsätze erblicken werde.

London, 7. Dezember. Auf die von einer Versammlung neuerer Formistischer Geistlichen in Lancaster (Cornwall) an Gladstone aus Veranlassung seiner Broschüre über die vatikanischen Dekrete gerichtete Dankadresse hat letzterer unter dem 2. d. ein Erwiderungsschreiben erlassen. Gladstone spricht in demselben den Unterzeichnern der Adresse seinen Dank für das Vertrauen aus, welches ihm betreffs der Aufrichtigkeit seiner Meinungäußerung kundgegeben worden sei und versichert, daß er an den von ihm in der Broschüre aufgestellten Grundsätzen über die Unvereinbarkeit der vatikanischen Dekrete mit der Unthantreue unbedingt festhalte.

Belgrad, 7. Dezember. Die gestern mitgetheilte Ministerliste ist nachträglich dahin abgeändert, daß das Finanzministerium von Koljevic und das Ministerium für Kommunikationen von Ivanovic übernommen wird.

Washington, 6. Dez. Von der morgen im Kongreß zur Berlesung gelangenden Botschaft des Präsidenten Grant liegt bereits in den hiesigen Journalen eine ausführliche als authentisch bezeichnete Analyse vor, nach welcher der Präsident auf das Entschiedenste die baldige Wiederaufnahme der Baarzahlungen empfiehlt, die allerdings nicht vor dem Januar 1876 möglich sein werde. Den Zeitpunkt für diese Maßregel, sowie die einzelnen Mittel und Wege zur Erreichung des Zweckes möge der Kongreß festsetzen, dem eine besondere Berücksichtigung der durch den Uebergang zur Metall-Währung in hohem Grade berührten Rechtsanprüche aus allen seit längerer Zeit abgeschlossenen Privatkontrakten anempfohlen wird. Aus diesem Grunde werde der Termin für die Einzahlung des Papiergeldes geändert werden müssen. Die Botschaft schlägt vor, das Schatzdepartement zu ermächtigen, bei Wiederaufnahme der Baarzahlungen ausreichende Goldkäufe vermittelt Verkauf von Bonds zu bewirken. In allen Zweigen der Verwaltung müsse gleichzeitig zur Erleichterung der Maßregel die größte Sparsamkeit durchgeführt werden. Ebenso sei eine Reform des Zoll- und Steuer-Gesetzes ins Auge zu fassen, um einen höheren Steuerertrag zu erzielen. Ferner sollten die Staatsbanken zur selben Zeit von bisherigen Beschränkungen befreit, die Ausgabe ihrer Noten befreit werden, indem es der gemeinsamen Vertretung derselben freigestellt werden würde, den Minimalbetrag des Notenumlaufs festzusetzen. Die bisherigen Schutzmaßregeln für die Inhaber der Bondsnoten hätten jedoch in Kraft zu bleiben. Die näheren Bestimmungen über die Freiheit der Banken und die Vorbedingungen ihrer Organisation müsse der Kongreß feststellen. In Betreff der Beziehungen der Vereinigten Staaten zum Ausland konstatiert die Botschaft die ungestörte Fortdauer des freundschaftlichen Verkehrs mit allen auswärtigen Mächten. Eine Ausnahme hiervon bildeten nur die Beziehungen zu Venezuela, das die aus dem Vertrage von 1866 resultierenden Entschädigungssummen noch immer nicht bezahlet habe, und außerdem diejenigen zu Spanien. Die Unionsregierung hätte sich wegen der Fortdauer der Insurrektion auf der Insel Kuba zu beklagen, wodurch dem amerikanischen Handel ganz beträchtliche Verluste zugefügt würden. Die Botschaft erklärt, daß es für Amerika nothwendig werden könne, im Verein mit den anderen Mächten der kubanischen Insurrektion ein Ende zu machen, da Spanien sich vergeblich bemüht habe, dieses Ziel zu erreichen. Der Präsident giebt der Hoffnung Ausdruck, daß die mit Spanien schwebenden

Verhandlungen in der Virginius-Angelegenheit bald zum Abschluß gebracht werden möchten, wenn gleich die Lage derselben zur Zeit keine sehr günstige sei, indem er gleichzeitig ankündigt, daß die Höhe der Entschädigungsforderungen den Gegenstand einer besonderen Botschaft bilden solle. Alsdann wird noch die Indianerfrage besprochen. Der Präsident hofft, daß die den Eingeborenen gegenüber befolgte friedfertige Politik gute Früchte tragen werde, indem sie die Grenzgebiete endlich von der Wiederkehr der indianischen Aufstände bewahre. Die Botschaft schließt mit dem Bessprechen, daß die Regierung mit Energie an den Verwaltungsreformen weiter arbeiten werde und empfiehlt die Einsetzung eines Gerichtshofes, dem die Erledigung der von Ausländern erhobenen Reklamationen, sowie die Regelung der Einwanderung aus China zur besonderen Aufgabe gemacht werden solle.

Deutscher Reichstag.

26. Sitzung.

Berlin, 7. Dezember. Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr. Am Tische des Bundesraths Staatsminister Delbrück, General-Postdirektor Stephan, Generalmajor Reichard und mehrere Kommissare.

Tagesordnung: Fortsetzung der Etatsberatung.
a) Für die St. Gotthard-Eisenbahn.
Einnahme 969,023 Mark, einmalige Ausgaben 1,817,018 Mark. Der Etat wird ohne Debatte genehmigt.

b) Post- und Zeitungsverwaltung.
Einnahme 101,725,050 Mark (7,993,506 Mark mehr wie im Vorjahre); Ausgabe und zwar fortlaufende 90,936,385 Mark (7,009,108 Mark mehr) und einmalige Ausgaben 1,140,000 Mark.

Abg. Berger (Witten) ist der Ansicht, daß der Etat der Postverwaltung gegenüber dem Etat der Telegraphenverwaltung sich nur dadurch günstiger gestaltet habe, daß die Ausgaben auf ein gewisses Minimum beschränkt seien und die Postverwaltung außerdem mancherlei Vortheile genieße, so bei der Benutzung der Eisenbahnen und der Chausseen. Dadurch erkläre sich allein der Uebergang der Postverwaltung und das Defizit der Telegraphenverwaltung.

Abg. Schmidt (Saxta) macht dem gegenüber darauf aufmerksam, daß die Begünstigungen der Post auf dem Gebiete vom Jahre 1838 herüben und daß die Kommissarien des Hauses sich nicht veranlassen lassen hätten, Betrachtungen über die Aufhebung dieser gesetzlichen Bestimmungen anzustellen. Im Uebrigen hätten die Kommissarien dem Postetat keineswegs ein ungetrübtes Vertrauen entgegengebracht, vielmehr seien die einzelnen Positionen genau geprüft worden.

Abg. Adermann u. Gen. beantragen zu Tit. 9 Einnahmen dieses Etats dem Herrn Reichskanzler eine Revision der gesetzlichen Bestimmungen über die Zeitungsprovisionen zu empfehlen.

In der Diskussion wird von verschiedenen Seiten auf die Nothwendigkeit einer Modifikation der gesetzlichen Bestimmungen hingewiesen, dieselbe wird auch von dem General-Postdirektor Dr. Stephan anerkannt und verspricht derselbe die Sache in Erwägung zu ziehen.

Die Resolution wird in Folge dieser Erklärung zurückgezogen.

Bei Tit. 1. Besoldungen und Remunerationen spricht Abg. Sonnemann für eine Erhöhung der Gehälter der untersten Beamtentklassen namentlich auch der Landbriefträger; ebenso weist Abg. Hasselmann auf die Unzulänglichkeit der Besoldungen dieser Beamtentkategorien hin, bei welchen gegenüber der gegenwärtigen Theuerung bereits ein Nothstand eingetreten sei, der unerbittlich erscheine. Bis jetzt seien diese Beamten noch nicht in die allgemeine Bewegung eingetreten. Das werde aber geschehen, sobald der Staat nicht gründliche Abhilfe schafft und die Gehälter mindestens um 40 bis 50 Prozent erhöht. — Abg. Frhr. v. Soverbeck: Ich bin nicht berechtigt, anzunehmen, daß der Vordränger andere Motive, als reines Mitleid bei seinen Ausführungen geleitet und ich bin selbst der Meinung, daß eine Aufbesserung der Gehälter für sämtliche Postbeamte dringend geboten erscheint. Aber wenn der Vordränger gleich eine Aufbesserung von 40 bis 50 Prozent verlangt, er den Leuten mehr schadet als Nutzen schafft.

Tit. 1 wird hierauf bewilligt. Die übrigen Positionen des Etats geben zu Anstellungen keine Veranlassung und werden ohne Debatte ebenfalls bewilligt.

c. Telegraphenverwaltung.
Einnahme 12,115,800 M. (1,448,100 M. weniger als im Jahre 1874); Ausgaben nämlich dauernde: 15,469,796 M. (1,016,489 M. mehr) und einmalige Ausgaben 120,000 M.

Die Kommissarien des Hauses, Abg. Adermann u. Gen. haben zu Tit. 1 der Einnahme folgende Resolution beantragt: Die Erwartung auszusprechen, daß es der Telegraphenverwaltung gelingen werde, in dem Etat für 1876 die Einnahmen mit den Ausgaben möglichst ins Gleichgewicht zu bringen.

Abg. Sonnemann glaubt, daß durch Einführung eines einheitlichen Telegraphentarifs (er feinerseits erkläre sich für den Einheitsatz von 10 Sgr.) eine wesentlich höhere Einnahme erzielt werden würde. — Abg. Frhr. v. Soverbeck erklärt sich gegen eine solche allgemeine Erhöhung, da hierzu auch seines Dafürhaltens gar kein Grund vorliege, da das Defizit möglicherweise vorübergehenden Ursachen zuzuschreiben sei. — Ebenso erklärt sich Abg. v. Behr (Stralsund) ebenfalls gegen den Vorschlag des Abg. Sonnemann, den er als einen wirtschaftlichen Fehler bezeichnet. — General-Telegraphen-Direktor Reichard verspricht auf einen möglichen Ausgleich bei dem Etat der Telegraphenverwaltung hinzuwirken zu wollen, wie dies zu geschehen habe, müsse jedoch den speziellen statistischen Erörterungen überlassen bleiben.

Abg. Riquet: Durch den vorliegenden Antrag werde nichts gewonnen, denn derselbe lasse der Telegraphenverwaltung über die einzuschlagenden Maßnahmen die volle Freiheit. Wollte man Erparnisse in der Verwaltung, so werde nichts anderes übrig bleiben, als die Einnahmen zu vermehren vorausgesetzt, daß das Defizit kein vorübergehendes ist. Darüber lasse sich heute aber noch nicht entscheiden.

Abg. Richter (Hagen) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß der Abg. Sonnemann, der doch zu denjenigen gehöre, die das Budget verwerfen und dem Reichskanzler überhaupt nichts bewilligen wollten, mit einem Male mit einer so zarten Sorgfalt für eine Erhöhung des Reichsbudgets eintönig und den Herrn Reichskanzler veranlassen wolle, noch mehr zu veranlassen, als im Etat ausgesetzt sei. Er erklärt sich deshalb gegen die Resolution.

Abg. Sonnemann bemerkt dem gegenüber, daß er sich das Recht

wahren müsse, bei den einzelnen Positionen seine Meinung auszusprechen ganz abgesehen davon, welche Stellung er sonst auch dem Etat gegenüber einnehme.

Die Resolution wird hierauf vom Hause abgelehnt und der Etat genehmigt.

Die Zölle und Verbrauchssteuern. Einnahme: 221,959,770 Mark.

Abg. Hasselmann: Obgleich im ganzen Volke der lebhafteste Wunsch auf Befreiung der indirekten Steuern laut geworden, so sei doch nichts geschehen, um dies Steuersystem zu beseitigen (Kufe: Wahl- und Schlachtsteuer) und eine direkte auf das Einkommen jedes Einzelnen basirte Steuer einzuführen. Ja man habe sogar einzelne dieser Steuern noch erhöht, so die Tabaksteuer. (Widerspruch.) Die besitzenden Klassen sträubten sich überhaupt, die indirekten Steuern zu beseitigen, weil sie weniger von diesen, als von der direkten Steuer betroffen würden. So würden z. B. die Arbeiter durch die Branntweinsteuer weit mehr belastet als die besitzenden Klassen, denn in den Arbeiterfamilien werde mehr Branntwein getrunken (Gelächter) als in den übrigen.

Abg. Günther (Sachsen) weist den Vorwurf zurück, als ob bisher nichts geschehen sei, eine Steuererleichterung für die ärmeren Klassen herbeizuführen und erinnert namentlich daran, daß Seitens des Reichstages wiederholt der Versuch gemacht worden, die Salzsteuer zu beseitigen, wenn natürlich auch bis jetzt ohne Erfolg.

Abg. Löwe macht darauf aufmerksam, daß die Sozialdemokraten, trotz der sie durch den Volksbeglückung für sich in Anspruch nehmen, ihn in dem Kampfe gegen die Wahl- und Schlachtsteuer nicht unterstützen hätten. Es sei niemals die Absicht seiner Partei gewesen, die Steuern von den Schultern der wohlhabenden Klassen auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen, vielmehr sei das stete Streben darauf gerichtet gewesen, die ärmeren Volksklassen möglichst zu entlasten. Manches in dieser Beziehung sei gelungen und er und seine Freunde würden stets bestrebt sein, das Möglichste nach dieser Richtung hin zu erreichen.

Abg. Richter (Hagen): Thatsache sei, daß die indirekten Steuern im Landesetat gerade umgekehrt sei. Er und seine Partei hätten stets für eine Entlastung der ärmeren Volksklassen gesorgt und sogar diejenigen, welche unter 140 Sgr. Einkommen hätten, ganz von der Klassensteuer befreit. Allerdings seien sie bei dieser Reform mit mehr Sachkenntnis zu Werke gegangen, als der Abg. Hasselmann zu haben scheine, der von einer Erhöhung der Tabaksteuer gesprochen, die gar nicht stattgefunden habe. Was die Branntweinsteuer anlangt, so würde man den Arbeitern diese nicht abnehmen, wenn die Arbeiter selbst nicht bestrebt seien, sich davon zu entlasten.

Die Einnahmen aus den Zöllen werden genehmigt.
Bei der Einnahme aus der Zuckersteuer macht Abg. v. Behr (Stralsund) darauf aufmerksam, daß in seinem Lande Europa der Zucker so theuer bezahlt werde wie in Deutschland, denn beispielsweise koste hier der Zucker noch immer 5-6 Sgr., während sich in England der Kistenpreis auf nur 2½ Sgr. pro Pfund stelle. Ein fast ebenso niedriger Preis werde auch in Frankreich gezahlt und dennoch betrage die Einnahme aus der Zuckersteuer doppelt so viel wie bei uns. Redner spricht sich für Einführung der Fabriksteuer aus und richtet an die verbündeten Regierungen die Anfrage, ob es in der Absicht liege eine Vorlage wegen Bewilligung der Kosten zur Prüfung des hierzu erforderlichen neuen Apparats vorzulegen.

Staatsminister Delbrück erwidert, daß er in diesem Augenblick noch keine Auskunft darüber geben kann, daß könne er aber versichern, daß der Versuch nicht unterbleiben werde.

Abg. v. Kardorff hält den gegenwärtigen Augenblick für eine Steuerreform nicht für geeignet, da eine Erhöhung der Steuererhältnisse bei Ausführung der Münzreform bedenklich sei.

Abg. Wesel sucht bei den Einnahmen aus der Branntweinsteuer durch statistische Zahlen den Nachweis zu führen, daß der Branntweinconsum in den letzten Jahren zugenommen habe.

Staatsminister Delbrück befreit die. Wenn der Branntweinconsum zugenommen, so habe dies darin seinen Grund, weil sehr viel zu gewerblichen Zwecken verbraucht wird.
Abg. Dr. Löwe bringt die auffällige Thatsache zur Sprache, daß, während der Bierkonsum in der letzten Zeit zugenommen, die Biersteuer seit Erlaß des neuen Gesetzes nicht zugenommen habe. De, wie er wisse, der Bundesrath eine Abänderung des gegenwärtigen Besteuerungsmodus beabsichtige, so halte er es für seine Pflicht, auf diese Thatsache die Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen zu lenken.

Staatsminister Delbrück erwidert, daß allerdings die dringende Veranlassung vorliege, die Frage in Erwägung zu ziehen, in welcher Weise in der bisherigen Besteuerung des Bieres eine Aenderung herbeizuführen sei, denn die Thatsache, daß seit Erlaß des Gesetzes über die Brauereisteuer z. in Preußen nur 63,000 Zentner Malz jährlich versteuert werden, fordere dringend hierzu auf. Der Etat wird hierauf genehmigt.

e. Etat der Wechselstempelsteuer.
Einnahme 5,845,950 M. — Derselbe wird nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Dr. Meichenperger ebenfalls genehmigt.

f. Münzwesen.
Der Etat beträgt in Einnahme und Ausgabe 7,800,000 M.
Abg. Siemens fragt an, ob die verbündeten Regierungen eine Verlängerung der durch das Gesetz vom 23. März 1870 festgestellten Frist zur Einziehung der Banknoten in Aussicht genommen.

Staatsminister Delbrück erwidert, daß eine solche Vorlage bereits in Verathung genommen sei und dem Reichstage neben einer zweiten Vorlage, welche die Einziehung der kleineren Aponts bezwecke, schon in der nächsten Zeit zugehen werde.

Der Etat wird hierauf genehmigt.
II. Dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Einführung der Maß- und Gewichtsordnung in Elsaß-Lothringen.
Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte definitiv angenommen.

III. Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs für Elsaß-Lothringen betreffend die Stempelpllichtigkeit der Rechnungen und Quittungen.
Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte genehmigt.

IV. Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Einführung von Reichsgesetzen in Elsaß-Lothringen.
Auf den Antrag des Abg. Lasker wird die zweite Verathung ausgesetzt, die jedoch nach dem Beschluß des Hauses im Plenum stattfinden wird.

Dann wird die Sitzung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. I. D. Wahlprüfungen und Anträge.
Schluß 4½ Uhr.

Parlamentarische Nachrichten.

* Die erste Abtheilung des Reichstags hat die Wahl des Regie-

rungspräsidenten v. Puttkamer im 6. Gumbiner Wahlkreise beanstandet. In den eingelaufenen Protesten wird allerdings eine große Anzahl von Unregelmäßigkeiten und direkten Geschwürigkeiten behauptet; auch haben sich solche aus den Wahlen ergeben. Es ist vorzuziehen, daß von Lehrern und anderen Staatsbeamten einzelnen Wählern Stimmettel abgenommen und andere aufgedrängt wurden, daß mehrere Stimmzettel durch einen Wähler abgegeben wurden; daß Wahlvorstände höchst mangelhaft zusammengesetzt waren. Nach Abzug aller beanstandeten Wahlergebnisse blieben für Puttkamer noch 38 Stimmen Majorität. Außerdem werden aber in verschiedenen der angeführten Proteste ungesegelte Wahlbeeinflussungen durch königliche Beamte und deren Organe behauptet. Die Majorität der Abtheilung glaubte in diesen angeführten Thatsachen für den Fall, daß sie sich als wahr erweisen würden, umfassende Wahlbeeinflussungen von Seiten königlicher Beamten und ihrer Organe erkennen zu müssen, welche bei der geringen Majorität von 38 Stimmen das Ergebniß der Wahl in Zweifel stellen. Nach allen diesen Erwägungen beschloß daher die Abtheilung mit 21 gegen 3 Stimmen, folgenden Antrag dem Reichstage zur Annahme zu empfehlen: Der Reichstag wolle beschließen: 1. die Wahl des Regiments-Präsidenten v. Puttkamer im 6. Gumbiner Wahlkreise zu beanstanden, 2. den Reichskanzler zu ersuchen a. über die in den Protesten behaupteten Unregelmäßigkeiten und Geschwürigkeiten in den bezeichneten Wahlbezirken, b. über die in den Protesten behaupteten ungesegelten Wahlbeeinflussungen des Landratsamtsverwalters Maubach in Johannisburg und Oberförsters Krüger in Grundowfen gerichtliche Untersuchung anstellen zu lassen und 3. von dem Ergebnisse der Untersuchungen dem Reichstage Mitteilung zu machen.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 7. Dezember.

△ Berlin, 7. Dezember. Die Abspaltung des Ober-Präsidenten von Nordenskiöld wird in der Presse teilweise von Reflexionen über die politische Stellung desselben begleitet, welche in den Thatsachen keine Begründung finden. Es wird behauptet, Herr von Nordenskiöld sei von jeher als hyperkonvulsiv und hyperorthodox bekannt gewesen, derselbe habe überdies schon zur Zeit seiner Berufung nach Schlesien gar kein Hehl aus seinem Widerspruch gegen die Maigesetze gemacht und es sei nur zu verwundern, daß man ihn trotzdem zu jener Stelle berufen habe. Die obige Charakterisirung des Herrn v. Nordenskiöld ist völlig grundlos; er hat sich weder in politischer noch in kirchlicher Beziehung jemals zu extremen Ansichten bekannt. Bei seiner Wahl für Breslau aber kam gerade die von ihm früher in seiner Stellung in Posen dem dortigen Klerus gegenüber bewiesene Energie in Betracht. Von einem prinzipiellen Widerspruch des Herrn v. Nordenskiöld gegen die Maigesetze ist niemals auch bis jetzt nicht die Rede gewesen, vielmehr ist bei allen grundsätzlichen Erörterungen das Einverständnis des Oberpräsidenten mit den Auffassungen der Regierung konstatirt worden. Herr v. Nordenskiöld ist jedoch ein Mann von großer praktischer Selbstständigkeit und von einer gewissen Hartnäckigkeit in Vertretung dessen, was er als praktisch richtig erkannt hat. Es ist nun bekannt, daß er in der Ausführung der Maigesetze mehrfach mildernde Wege betreten zu dürfen glaube, und er hat dabei übersehen, welche bedenkliden Konsequenzen sein Auftreten im Zusammenhange mit einigen anderen Thatsachen auf die Beurtheilung der Stellung der Regierung im kirchlichen Kampfe haben mußte. Die Staatsregierung dagegen hatte die Pflicht abzuheben von der Würdigung des einzelnen Falles, jene allgemeinen Konsequenzen ins Auge zu fassen, und deshalb mußte es zu dem schließlichen Scheitern kommen. Es war zu erwarten, daß gerade wegen des Zusammenhanges mit der Frage, welche die Gemüther so tief erregt, daß Urtheil über den abberufenen Oberpräsidenten in der Öffentlichkeit vielfach ein zu hartes sein würde. Dem gegenüber ist das unbefangene Urtheil vieler Blätter höchst erfreulich. — Was die Nachfolger betrifft, so wird das Interimistatium von sehr kurzer Dauer sein. Vielleicht erfolgt die neue Ernennung schon in den nächsten Tagen. Im Vordergrund der Erwägungen steht ein bekannter Name, an dessen Scheiden aus einer anderen hohen Stelle vor Kurzem allerdings unbegründete politische Auslegungen geknüpft wurden. — Der Ober-Regierungsrath Dietlein, bisher Stellvertreter des Präsidenten in Straßburg, ist an eine hannoversche Landdrostei versetzt worden. (Dietlein hat eine Schwester des Präsidenten Steinmann in Arnberg zur Frau. — Red. d. Vof. B.) — Der König hat auf das Gesuch des Direktoriums des germanischen National-Museums gestattet, daß zu der von demselben zum Besten des Wiederaufbaues des abgetragenen Augustinerklosters mit Genehmigung der bairischen Regierung zu veranstaltenden Lotterie von Kunstwerken auch im diesseitigen Staatsgebiete Lose vertrieben werden dürfen.

Die parlamentarische Soirée bei dem Fürsten Reichskanzler war am Sonnabend wieder sehr zahlreich besucht, der Fürst in bester Laune und sichtlich gutem Befinden. Auf dem Tische des Kanzlers liegen jetzt zwei melancholische Andenken, die beiden Feuerwaffen, mit denen das Leben des Fürsten bedroht worden ist: der Blind'sche Revolver und die Kullmann'sche Pistole; die Letztere, eine sehr starke Waffe, ist übrigens bei den damit angestellten Prüfungen zerflogen. Beide Waffen erregten bezauberlicher Weise großes Interesse.

Die „Nordd. Allg. Z.“ knüpft an die berüchtigte Rede Jörgs folgende Bemerkungen:

Wir wissen, wer Herr Jörg ist. Seine Reden sind für uns hinlänglich dadurch gekennzeichnet, daß er sie führt. Aber dem Auslande gilt er als Mitglied des deutschen Reichstags; und dieser Name hat noch vollen Klang. Wie des Abgeordneten Windthorst tüdliche Anspielung, daß dem Frieden (nicht von Frankreich) — „von anderer Seite“ Gefahr drohe, in der „Gazette de France“ hervorgehoben worden, so dürften Jörg's Diatriben in der Sitzung vom 4. d. Mts. auswärts nicht werden als Stimmen aus dem deutschen Volk, als der Ausdruck einer speziell in Baiern herrschenden Gesinnung. Daraus wird dann in der fremden Presse Kapital geschlagen, auf diese Weise die öffentliche Meinung in den Nachbarländern irreflektirt und mit uns verfeindet. Das legt die Pflicht der Wachsamkeit und einer sorgfältigen Beachtung auf, deren an sich Worte von Herrn Jörg allerdings nicht werth sind.

Es kann kein Zufall sein, daß gleichzeitig in dem kirchlichen „Vaterland“ zu Wien und in der neulichen Rede des ultramontanen Reichstags-Mitglieds zu Berlin derselbe Gedanke wiederkehrt, dort von der Zeitung mit Bravour ausposaunt, hier von Herrn Jörg — nicht ganz so plump — in parlamentarische Umkleidekleidung: der Gedanke, Deutschland mit aller Welt und namentlich mit Rußland zu verheben. Das wäre denn also die vom Vatikan ausgehende Parole des Tages, das Feldgeschrei im jesuitischen Lager. Das Wiener „Vaterland“ sagt es runderaus: „es kann gegenwärtig für Deutschland wie für einige andere Staaten keine wichtigere diplomatische Aufgabe gedacht werden als die, die bisherige Intimität zwischen Rußland und Preußen zu lockern.“ Der Redner im Reichstag, ohne das betreffende Programm aufzustellen, ist zur Ausführung desselben geschritten, indem er jene „Intimität“ zunächst dem deutschen Volke zu verleiht, das nationale Selbstgefühl,

das freilich seiner Brust fremd ist, gegen Rußland zu reizen sucht. Ist doch in ganz Europa dieser „Fraktion Kullmann“ nichts so sehr ein Dorn im Auge, als das feste und treue Zusammenstehen der drei Kaiser! Denn darin liegt die mächtige Bürgschaft des Weltfriedens; man darf sagen, die vertrauensvolle Verbindung der drei nordischen Großmächte ist der Friede. Und er ist denen in der Seele jümdier, die zur Erreichung ihrer Zweck Krieg oder Revolution brauchen.

Aber was denken sich diese kirchlichen Zeitungen und Parlamentsredner? Sind sie der Meinung, mit ihren Hegeleien einen Erfolg zu erzielen? Da, wo sie bisher Glück gehabt, werden sie auch ferner reussiren, bei der ungebildeten Masse, die durch Verwahrlosung des Unterrichts urtheilslos geworden, obwohl selbst in dieser Region Manchem schon die Schuppen von den Augen fallen und die seit vier Jahren stereotype Lüge bereits fadenscheinig wird. Auf Kreise der Gebildeten inbessenden können Herr Jörg und das Wiener „Vaterland“ keinen Eindruck machen; jedem Denkernden repräsentirt das Einverständnis Österreich-Ungarns und Rußlands mit Deutschland die Lebens-Interessen der Millionen Bürger der drei Reiche. Vollends auf die Kabine ettel! Der hohe Anlauf, die leitenden Staatsmänner umzustimmen, macht lächerlich. Es liegt darin eine kolossale Selbstüberhöhung; denn, mit wieviel Pferdekraft die große internationale Eigenart arbeiten mag, und stünde ihr dabei in einem der Länder eine vernünftliche gemeinliche Presse, auch obenein der gesammte Press-Apparat, zur Verfügung; soweit reicht ihre Macht und die Tragweite Jörg'scher Reden und Wiener und Liverpooler Zeitungsartikel nicht, um die drei befreundeten Regierungen von einander zu trennen. Gleichwohl ist das Gebahren des Herrn Jörg nicht zu übersehen und seine Reichstagsrede vom 4. d. M. so verrätherisch — in jeder Beziehung! —, daß es sich verlohnt, den deutschen Wählern daran zu exemplifiziren, daß es Geistes Kind dieser Mann und „eine“ Fraktion ist.

— Professor v. Holzendorff ist gestern aus München hier eingetroffen und hat heute bereits begonnen, sich in dem Prozeß Arnim durch Einsicht in die Akten zu informieren. Ob ihm das in der kurzen Zeit von zwei Tagen gelingen wird, ist allerdings eine andere Frage. — Exklusive der Vertreter sämtlicher berliner Zeitungen haben sehr viele auswärtige Blätter zu dem Prozesse Plätze durch eigene fremde Berichterstatter belegt und erhalten. Das auswärtige Amt selbst wird durch zwei Stenographen, Wolffs Telegraphen-Bureau durch Kreisgerichtsrath Heil und zwei Stenographen vertreten sein. — Wie das kirchliche Telegraphenbureau mittheilt, ist gestern der Reichstagsabgeordnete Dr. Karl Braun von dem Stadtgerichtsrath Beckatore als Zeuge in der Untersuchungssache gegen den Grafen Harry Arnim eidlich vernommen worden. Veranlassung zu der Vernehmung hatte die Veröffentlichung des Herrn Dr. A. Zehle, ehemals Redakteur der „Spener'schen Ztg.“, jetzt Herausgeber der „D. Allg. Corr.“, gegeben. Dr. Karl Braun vermochte angeblich die Angabe desselben nicht zu bekräftigen.

— In der am Freitag Abend stattgehabten allgemeinen Katholiken-Versammlung hielt der Redakteur der „Germania“ Joseph Cremer, einen Vortrag über seine Erlebnisse in Spanien, dessen ganzer Inhalt nur darauf ausging, den Carlismus zu glorifiziren. Nach der Rede wurde die Geschäfts-Ordnung des in der Gründung befindlichen „Berliner Vereins der Zentrums-Partei“, welcher den Zweck hat, öffentliche Angelegenheiten zu besprechen und nach Maßgabe des Programms der Zentrums-Partei auf dieselbe einzuwirken, vorgelesen und genehmigt. In den Vorstand gewählt wurden die Herren v. Kehler, Vorsitzender, Geh. Rath Brodt und Vergolder Braun, Stellvertreter.

— Daß der unedelmüthige Geist, der unter dem früheren Regime in Preußen herrschte, sich nicht so leicht zu beseitigen läßt, beweist eine Scene, die am 10. d. Mts. in der oberen Klasse einer holländischen Schulanstalt in Drenthe, im Namen der allverehrten Königin, stattfand. Die holländische Schulanstalt, nämlich zum Besten der Lehrermitteln-Kasse, veranstaltete die Lehrer jener Schule am 30. November ein Konzert, verbunden mit Gesang und Deklamation, in welchem nur ihre Schülerinnen mitwirkten. Begreiflicherweise beizien sich sämtliche Zöglinge der Schule, für ihre Angehörigen bei dem Lehrer Billets zu kaufen, für welche sie den Betrag am nächstfolgenden Tag mitbringen sollten. Unter Anderen hatten auch drei Schülerinnen jüdischen Glaubens das unterhörte Verbrechen begangen, zweimal die pflichtschuldigen 10 Silbergroschen zu verpassen, was den Ordinarius vor der vollversammelten ersten Klasse zu den eines Mäthler'schen Pädagogen würdigen, mit Entrüstung vorgebrachten Worten veranlaßte: „Die christlichen Schülerinnen kennen sich nicht mit ihrem Gelde, als die Jüdinnen. Die Jüdinnen wollen immer nur nehmen und nicht dafür geben.“ — Wir wollen nicht unterfragen, wie weit der in den leitenden Kreisen jener Schule herrschende Geist für diesen Vorfall mit verantwortlich ist, überlassen es vielmehr den städtischen Behörden, dahin zu wirken, daß der religiöse Parteigeist, der heute die Welt zu spalten droht, nicht schon seinen Sitz in den unthätigen Gemüthern der Jugend finde,“ fügt die „Trib.“ hinzu.

— Nach einem Erkenntniß des Obertribunals vom 9. November er. wird eine Ehe auf den Antrag der beiden Ehegatten getrennt, wenn die begründete Vermuthung vorliegt, daß der andere Ehegatte sich eines willkürlichen Gebrauches habe zu Schulden kommen lassen. Einer solchen Vermuthung gegenüber kann der eidlichen Aussage derjenigen Person, mit welcher der schuldige Ehegatte die Ehe gebrochen haben soll, kein Glauben geschenkt werden.

— Der Steinrück Richter hatte in einer zu Verhandlung bei Müdersdorf vor einer Versammlung sozialdemokratischer Arbeiter im Frühjahr d. J. gehaltenen Rede u. a. geäußert, daß man es den schon geborenen werde, welche die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten ins Gefängniß gebracht hätten, daß hinter denselben noch dreimalhunderttausend Arbeiter ständen, welche gut hauen, stechen und schießen könnten und den deutschen Michel bald erwidern würden; und war deswegen aus § 130 des Strafgesetzbuchs (Anreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten gegen einander) zu 3 Monat Gefängniß verurtheilt worden. — In der der Appellationsinstanz vor dem Kammergericht führte die Oberstaatsanwaltschaft (St. A. Groshuff) aus, daß der erwähnte Thatschstand erwiesen sei und es nur in Frage stehe, ob dem Angeklagten in diesem Falle der § 12 des Strafgesetzbuchs in statten käme, (Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen der Kammern etc. sind kraftlos), indem, wie derselbe behauptet und thatsächlich der Fall sei, jene Anmerkungen nur eine Reproduktion derjenigen seien, welche der Abgeordnete Haffelmann in einer Sitzung des Reichstages gethan habe. Der Angeklagte habe nun damals aber keineswegs ein Referat über jene Reichstags-Sitzung gegeben und etwa die Worte Haffelmann's nitirt, nein, er habe sie ohne jeden Kommentar in der Rede angebracht und dadurch zu einer eigenen Willensäußerung gemacht. In Gemäßheit dieser Deduktion erkannte der Gerichtshof, dem Antrage der Oberstaatsanwaltschaft entsprechend, auf Befristung der ersten Sentenz.

Oldenburg, 4. Dezember. Wie kürzlich mitgetheilt, hatte der großherzogliche Oberkirchenrath dem Pfarrer Späth auf dessen Anfrage, ob er dem Ansuchen des hiesigen israelitischen Gemeindevorstandes, am Grabe des Landrabbiners Wechsler eine Rede zu halten, entsprechen könnte, einen abschlägigen Bescheid gegeben und denselben durch die „Mitschrift“ auf seine Stellung als Pfarrer der hiesigen evangelischen Gemeinde“ begründet, obgleich nach seiner Versicherung der Pfarrer Späth in einer Unterredung zwischen ihm und dem Präsidenten des Oberkirchenraths gleich von vornherein erklärt hatte, daß weder er noch der israelitische Gemeindevorstand an ein Auftreten im Talar,

also in seiner Eigenschaft als evangelischer Geistlicher denke. Namentlich hat der Kirchenrath der evangelisch-lutherischen Gemeinde beschlossen, dem Oberkirchenrath ein Schreiben zugehen zu lassen, in welchem, da die Aufregung über diese Maßregel in der Kirchengemeinde groß sei und dieselbe gerade das Gegentheil von der Behörde erwartet habe, da ferner auch der Kirchenrath als die gesetzliche Vertretung der Gemeinde der Ansicht sei, daß ein Eingehen auf das Gesuch der israelitischen Gemeinde in jeder Hinsicht unversänglich und dem christlichen Geiste entsprechend gewesen wäre, der Oberkirchenrath um Aufschub gebeten wird, in wiefern nach seiner Ansicht ein solches Verweigern durch Rücksicht auf die Gemeinde gefordert war.

Paris, 5. Dezember. Die Dupanloup, die Challeme! Die Votenschaft ist schon beinahe vergessen über dem Geräusch, welches die beiden Kämpen für und gegen die Freiheit des höheren Unterrichts gemacht haben. Der Bischof der Orléanisten hat mit musterhafter Offenherzigkeit erklärt, was seine Partei unter Freiheit des Unterrichts versteht: „Der Staat soll innerhalb der Grenzen des erlaubten Jedem den höheren Unterricht freistellen. Innerhalb der Grenzen des Erlaubten stehen aber nur diejenigen, welche die erwiesene Wahrheit lehren. Die erwiesene Wahrheit aber ist die Lehre der Kirche und was mit ihr übereinstimmt.“ Also volle Unterrichtsfreiheit für uns Bischöfe und sonst für Niemanden! Das ist das Ergebniß seiner Rede. Dem gegenüber hatte Challeme! Lacour keinen schmerzlichen Stand; er ging direkt auf das bischöfliche Sophisma los und schlug es in Stücke: „Wenn es sich um eine wahre Freiheit des Unterrichts handelte, wenn jeder Mann der Wissenschaft lehren könnte, was er aus rein wissenschaftlichen Gründen für richtig hält, dann würden auch wir für die Freiheit sein. Aber aus allem, was die Begünstigten des Geistesworts verlangen, geht hervor, daß die erstrebte sogenannte Freiheit nichts Anderes ist als das Monopol der Klerikalen. Und das wollen wir nicht.“

Lokales und Provinzielles.

Sofen, 8. Dezember.

— r. Das Leichenbegängniß des verstorbenen Majors und Stadtrathes a. D. v. Treslow fand gestern Nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause in der Königsstraße aus statt. Seit Langem hat unsere Stadt einen so imposanten Zug nicht gesehen. In der Wohnung des Verstorbenen, in welcher der mit Kränzen und Girlanden reich geschmückte Sarg zwischen Palmen und Lebensbäumen stand, hatte sich die Familie v. Treslow und eine Anzahl der nächsten Freunde und Bekannten versammelt. Konfistorialrath Reichard hielt am Sarge eine Rede über 1 Timoth. 1. 15, in welcher er ein Bild des inneren Lebens des Verstorbenen gab. Unter dem Geläute der Glocken der St. Pauli-Kirche und den Klängen des Musikchors des 46. Regiments, welches in Uniform angetreten war, wurde der Sarg auf den Leichenwagen gesetzt, vor welchem eine Kompanie des Landwehr-Vereins, zu dem der Verstorbene gehörte, die Fahne und die Schützen, dann der Rettungs-Verein, die Zöglinge des städtischen und des Jacobischen Waisenhauses und des Rettungshauses, ferner ein Landwehr-Offizier, welcher die Orden des Verstorbenen (den Roten Adler-Orden 3. Kl., die Kriegsmedaille von 18. u. 15., die Landwehr-Auszeichnung) trug. Der Zug durch die Stadt wurde eröffnet, und in welchem man außer zahlreichen Mitgliedern der Familie, den Oberpräsidenten, den Kommandanten General, den Gouverneur, die beiden Bürgermeister und den Stadtverordneten Vorsteher der Stadt und viele Mitglieder königlichen und städtischen Kollegien bemerkte, bewegte sich durch die Königsstraße, über den Neustädtischen Markt durch die Mühlen- und St. Martinstraße zum Berliner Thor nach dem von dem Verstorbenen selbst angelegten Kirchhofe der St. Pauli-Gemeinde. Der Sargchor des Landwehr-Vereins sang um Beginn der dortigen Feier zwei Verse des Liebes „Jesus meine Zuversicht“, worauf Pastor Schlot die Leichenrede hielt, in welcher er, anknüpfend an das Wort Lucas 22, 26 ff.: „Der Größte unter euch sei wie der Diener“, ein Lebensbild des Verstorbenen zeichnete, dessen gesammte Thätigkeit ein Dienst gewesen sei, ein Dienst der Liebe zu König und Vaterland, zu Stadt und Gemeinde, zu Armen und Elenden. Besonders wurde dem Danke der Kirchengemeinde, deren Gotteshaus und Friedhof Zeugniß von der Fürsorge des Verstorbenen ablegte, warmer Ausdruck gegeben. Nach der Einsegnung der Leiche folgte Chorgesang, darauf die üblichen drei Salven über dem Grabe. — Requiescat in pace! —

— Zur Abstattung persönlicher Meldung ist in Berlin eingetroffen: Generalarzt Dr. v. Henrici, bisher Oberstabs- und Regimentsarzt vom 4. Garde-Grenadier-Regiment Königin, aus Anlaß seiner kürzlich erfolgten Ernennung zum Generalarzt 2. Kl. unter gleichzeitiger Ernennung zum Corpsarzt des 5. Armecorps, auf der Durchreise nach seiner neuen Garnison Posen.

— Ein Gutbesitzer von außerhalb, welcher am Sonnabend einem Feste im Saale des Hotel de Saxe beimohnen beabsichtigte, wurde in dem Augenblicke, als er in den Saal treten wollte, vom Schlage getroffen und blieb alle Wiederbelebungsbemühungen erfolglos.

r. Der Verein gegen Hausbettelei, dessen Thätigkeit mit dem Tode des Rentiers Dabbe (Anfang Oktober d. J.) ins Stocken gerathen war, hat mit Beginn d. M. seine Wirksamkeit aufs Neue entfaltet, indem an die ca. 150 Armen, welche vom Vereine unterstützt werden, je 20 Gr. zur Vertheilung gelangten. Nur mit Rücksicht auf die noch vorhandenen Mittel konnte diesmal eine so hohe Unterstützung gewährt werden und wird künftig an jedem 1. des Monats nur der Betrag von 12½ Gr. vertheilt werden können. In der Generalversammlung, welche im November d. J. stattfand, wurden zu Vorstandsmitgliedern gewählt: der Buchdruckerbesitzer E. Köstel (als Vorsitzender), Stadtrath Garben, Konditor Pitner, Buchhändler Ledwith, Kaufmann Ferd. Schmidt und hat der Erstere vorläufig gleichzeitig die Führung des Rassenwesens übernommen. Die Vertheilung der Unterstützungen an die Armen erfolgt in dem kirchlichen Tabakgeschäft am Wilhelmstraße. Dringend zu wünschen wäre es, daß der Verein mehr an Ausbreitung gewönne. Gerade von den Hausbetteleuren und Inhabern öffentlicher Geschäfte und Läden, die doch am meisten unter der Hausbettelei zu leiden haben, indem sie in erster Linie von den Bettlern heimgeucht werden, gebören sehr viele dem Vereine nicht an, indem ihnen die anferordentlichen Vortheile, welche derselbe seinen Mitgliedern gewährt, jedenfalls nicht bekannt sind; diese Vortheile bestehen eben darin, daß die Bettler, welche vom Vereine unterstützt werden, die Schilder, welche an den Haus- und Ladenthüren der Mitglieder angebracht sind, respektiren und dort nicht betreten. Aber auch in rein humanem Interesse ist es dringend zu wünschen, daß dem Vereine, welcher sein Scherzlein zur Linderung der Noth unter den Armen unserer Stadt beiträgt, recht viele Mitglieder beitreten.

Berlin 7. Debr. Wind: W. Barometer 27, 11. Thermo- meter früh - 3° R. Witterung: bedekt.

Das milde Wetter hat die Ankunft mit Roggen beladener Rähne in nahe Aussicht gestellt, was drückend auf die Haltung des Marktes wirkte, doch nur dem Preise für laufenden Monat Nachtheil brachte. Der Umsatz war im Allgemeinen nicht sonderlich lebhaft. Waare etwas reichlich angeboten, verkaufte sich jedoch für den 1000 Ctr. Rindungungspreis 53 Mt. per 1000 Kilogr. Roggenmehl matter.

Für Weizen wurden etwas schlechtere Gebote abgegeben; es fehlte aber sehr an Verkäufern und der Handel konnte sich in Folge dessen gar nicht recht entwickeln. Gehaltigt 2000 Ctr. Rindungungspreis 61 1/2 Mt. per 1000 Kilogr. Safer loco in gedrückter Haltung, Anbot reichlich. Termine niedriger, doch fest zum Schluss. Rüböl sehr geschäftslos, nominal unverändert. Petroleum Gehaltigt 100 Barrels. Rindungungspreis 8 Mt. per 100 Kilogr. Spiritus. Bei fester Haltung haben sich die Preise neuerdings ein wenig abgeheft.

Weizen loco per 1000 Kilogr. 55-70 Mt. nach Qual. gef., gelber per diesen Monat 61 1/2 Mt., Debr.-Jan. - April-Mai 189-194 Mt. b., Mai-Juni 190-191-190 1/2 Mt. b. - Roggen loco per 1000 Kilogr. 51-59 Mt. nach Qual. gef., neuer russischer 52 1/2-53 1/2 ab Bahn b.,

infand. 55 1/2-57 1/2 ab Bahn b., per diesen Monat 53-53 1/2-53 1/2 Mt., Debr.-Jan. - Jan.-Febr. 154 Mt. b., Frühjahr 150 1/2-151 Mt. b., Mai-Juni 149 1/2 - Gerste loco per 1000 Kilogr. 51-64 Mt. nach Qual. gef., Safer loco per 1000 Kilogr. 54 64 Mt. nach Qual. gef., ostpreuß. 58-62, neuer russ. 58-60, galiz. u. ungar. 55-60, vom. u. medl. 61-63 ab Bahn b., per diesen Monat 62 1/2-62 1/2 Mt., Debr.-Jan. - Frühjahr 175-174-174 1/2 Mt. b., Mai-Juni 172 Mt. b., Juni-Juli 173 Mt. b. - Erbsen per 1000 Kilogr. hochwaare 66-78 Mt. nach Qual., Futterwaare 61-64 Mt. nach Qual. - Hafer per 1000 Kilogr. - Rüböl loco per 1000 Kilogr. ohne Faß 22 1/2 Mt., mit Faß per 100 Kilogr. loco ohne Faß 18 1/2 Mt. b., mit Faß - per diesen Monat 18 1/2 Mt., Debr.-Januar - April-Mai 57,6 Mt. b., Mai-Juni 58,1 Mt. b., Sept.-Okt. 61,5 Mt. b. - Petroleum raffin. (Standard white) per 1000 Kilogr. mit Faß loco 8 1/2 Mt. b., per diesen Monat 8 1/2 Mt., Jan. 23,4 8 Mt. b., Febr. 27 Mt. b., März - April-Mai - Spiritus per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt. loco ohne Faß 18 Mt. 25-25 Sgr. b., per diesen Monat - loco mit Faß - per diesen Monat 18 Mt. 23-27 Sgr. b., Jan. Febr. 56,3 5 Mt. b., April-Mai 58,3-6 Mt. b., Mai-Juni 58,5-8 Mt. b., Juni-Juli 59,5 9 Mt. b., Juli-August 60,5 9 Mt. b. - Weizenmehl Nr. 0 9 1/2-9 Mt., Nr. 0 u. 1 7 1/2-7 1/2 Mt., Roggenmehl Nr. 0 8 1/2-8 1/2 Mt., Nr. 0 u. 1 7 1/2-7 1/2 Mt. per 100 Kilogr. Brutto unversch. inkl. Sac. - Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto unversch. inkl. Sac. per diesen Monat 7 Mt. 23 Sgr. b., Januar 23,2 Mt. b., Jan.-Febr. 23,1 Mt. b., Febr.-März 23 Mt. b., April-Mai 22,4 Mt. b., Mai-Juni - (S. u. S. 3.)

Weizenmehl Nr. 0 9 1/2-9 Mt., Nr. 0 u. 1 7 1/2-7 1/2 Mt., Roggenmehl Nr. 0 8 1/2-8 1/2 Mt., Nr. 0 u. 1 7 1/2-7 1/2 Mt. per 100 Kilogr. Brutto unversch. inkl. Sac. - Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto unversch. inkl. Sac. per diesen Monat 7 Mt. 23 Sgr. b., Januar 23,2 Mt. b., Jan.-Febr. 23,1 Mt. b., Febr.-März 23 Mt. b., April-Mai 22,4 Mt. b., Mai-Juni - (S. u. S. 3.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen. Table with columns: Datum, Stunde, Barometer, Therm., Wind, Wolkform. Data for 7. Debr. (Nachm. 2, 7, 8) and 8. Debr. (Morg. 6).

Wasserstand der Warthe. Posen, am 6. Debr. 1874 12 Uhr Mittags 0,36 Meter. 7. Debr. 0,32

Breslau, 7. Dezember. Still. Freiburger 104. de. junge - Oberschles. 164 1/2. R. Dder- ller St. A. 117. do. do. Prioritäten 116 1/2. Franzosen 187. Lombarden 78 1/2. Italiener - Silberrente 68 1/2. Rumänier 34. Breslauer Diskontobank 89 1/2. do. Wechselbank 79. Sächs. Banko. 109 1/2. Kreditaktien 141. Laurahütte 137 1/2. Oberschles. Eisenbahnen 68. Desterreich. Bankn. 91 1/2. Russ. Banknoten 94 1/2. Bresl. Wechselbank - do. Makl.-B. - do. - Prov.-Makl.-B. - Sächs. Ver- einsbank 92 1/2. Oesterreich. Bank - Bresl. Prov.-Wechselb. -

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse. Frankfurt a. M., 7. Debr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. (Schlußkurs.) Londoner Wechsel 119 1/2. Pariser Wechsel 95 1/2. Wiener Wechsel 106 1/2. Franzosen 326 1/2. Böhm. Wechs. 210. Lombarden 137 1/2. Galizier 256 1/2. Eisenbahnen 202 1/2. Nordwestbahn 150 1/2. Kreditaktien 244 1/2. Russ. Bodentredit 89 1/2. Russen 1872 98 1/2. Silberrente 68 1/2. Papierrente 63 1/2. 1860er Loose 109 1/2. 1864er Loose 168 1/2. Amerikaner de 82 9/16. Deutsch-Oesterreich. - Berliner Bankverein - Frankfurter Bankverein 87. do. Wechselbank 83. Bankaktien 1050. Meiningen Bank 98 1/2. Sächs. Eisenbahn 116 1/2. Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 244 1/2, Franzosen 327, Lombarden 137 1/2.

Frankfurt a. M., 7. Debr., Abends. (Effekten-Sozietät.) Kreditaktien 244 1/2, Franzosen 327 1/2, 1860er Loose 109 1/2, Lombarden 139 1/2, Galizier 255 1/2, Silberrente - Nordwestbahn 151 1/2, Bankaktien 1050. Günstig, Lombarden steigend.

Wien 7. Debr. In Ganzen fest, gegen den Schluss etwas schwächer. Renten still, Bahnen höher. Nachbörse: Kreditaktien 236, 50, Franzosen - -, Lombarden - -, Unionbank - -, Anglo-Austr. - -, Schlusskurs: Papierrente 69, 65, Silberrente 74, 60, 1854er Loose 103, 70, Bankaktien 996, 00, Nordbahn 1895, Kreditaktien 236, 75, Franzosen 310, 00, Galizier 244, 50, Nordwestbahn 145, 00, Lit. B. 62, 80, London 110, 75, Paris 44, 15, Frankfurt 92, 40, Böhm. Wechs. - -, Kreditloose 167, 50, 1860er Loose 109, 70, Lomb. Eisenbahn 130, 25, 1864er Loose 134, 20, Unionbank 114, 50, Anglo-Austr. 141, 50, Austro-türkische - -, Napoleons 8, 90 1/2, Dukaten 5, 25, Silberloose 105, 80, Eisenbahnen 194, 00, Ungarische Prämienanleihe 80, 20, Preussische Banknoten 1, 63 1/2.

Wien 7. Debr., Nachmitt. Kreditaktien 2, 6, 75, Franzosen 310, 00, Galizier 244, 75, Anglo-Austr. 140, 00-141, 25, Unionbank 113, 50, Nordwestbahn 145, 00, Lombarden 139, 00-130, 25, Papierrente 69, 70, Silberrente - -, Napoleons 8, 91. Sehr fest, Nordwestbahn beehrt.

London 7. Dezember, Nachmittags 4 Uhr. In die Bank fließen heute - Ftd. Sterl.

Der Geldstand zeigte keine wesentliche Veränderung, im Privatwechselverkehr trat das Diskonto auch heute 4 pCt. Von den österreichischen Spekulationspapieren gingen Kreditaktien zu eher etwas besserem Course ziemlich lebhaft um. Franzosen und Lombarden hatten zu wenig veränderten Preisen nur mäßige Umsätze für sich. Die fremden Fonds und Renten blieben ruhig und behauptet. Desterreichische Renten waren fest und die Italiener und Türken ziemlich lebhaft, 1860er Loose wurden etwas schwächer, Russische Pfand- anleihen und Bodentredit-Pfandbriefe erlitten theilweise lebhaftere Frage. In deutschen und preussischen Staatsfonds, sowie in landwirthschaftlichen Pfand- und Rentenbriefen fanden mehrfach größere Umsätze statt. Prioritäten blieben still und ziemlich unverändert; 3 1/2 prozentige und 5prozentige VII. Bergisch-Märkische wurden fest und in größerem Umfange gehandelt, während österreichische sich theilweise etwas schwächer stellten.

Berlin 7. Dezember. Der gestrige Privatverkehr eröffnete in wenig fester Haltung, allmählich bildete sich aber in Folge regerer Geschäftsbetheiligung eine glänzigere Tendenz aus und hielt bis zum Schluss an. Auch den heutigen Börsentag charakterisirte eine ziemlich feste Stimmung; die auswärtigen Notierungen trafen theilweise etwas besser ein und konnten sich die Course auf internationalen Gebieten gut behaupten, lokale Spekulationswirthschaft verfolgte mehrfach steigende Tendenz. Unter den letzteren nahmen heute die Aktien der Dortmunder Union die Aufmerksamkeit hervorragend in Anspruch und wurden zu wesentlich besseren Courten in bedeutenderen Summen umgesetzt; gegen Schluss schwächte sich der Cours wieder etwas ab. Im Uebrigen verhielt sich die Spekulation abwartend und die Umsätze gewannen nur für einige Devisen größere Bedeutung. Der Kapitalmarkt bewahrte seine feste Haltung in allen seinen Zweigen, ohne sich lebhafteren Verkehrs erfreuen zu können. Die Kassawerthe der übrigen Verkehrsgebiete blieben behauptet und ruhig.

Das Geschäft in Eisenbahnaktien gewann nur mäßige Ausdehnung, die Course zeigten feste Tendenz und theilweise kleine Besserungen. In letzterer Beziehung sind von preussischen Werthen die Rheinisch-Westfälischen, Berliner Devisen und Magdeburg-Halberstadt zu erwähnen, die auch ziemlich lebhaft umgingen. Leicht inländische Aktien waren ruhig und fest; Halle-Sorauer-Gubener und Märkisch-Posener etwas lebhafter. Desterreichische Nebenbahnen blieben still; Galizier waren matter, Nordwestbahn steigend und wie mehrere in verhältnismäßig gutem Verkehr. Rumänische Aktien hatten in schwankender Tendenz ziemlich regen Verkehr. Bankaktien und Industripapiere verkehrten ruhig zu meist behaupteten Courten. Gau devisen wie Diskonto Kommandit-Antheile, Preussische Boden-Kreditbank, Darmstädter Bank, Centralbank für Industrie und Handel, Laurahütte und andere Montanwerthe waren höher und lebhafter.

Fonds- u. Aktienbörse

Berlin, den 7. Dezember 1874.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities. Columns include title (e.g., Konsolidirte Anl., Staats-Anleihe), price, and other details.

Italienische Anl.

Table of Italian bonds and securities. Columns include title (e.g., Anl. 1860, Anl. 1864), price, and other details.

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilsgesell.

Table of bank and credit stocks. Columns include company name (e.g., Berl. Handelsbank, Dresd. Bank), price, and other details.

Nordd. Gr. R. A. B.

Table of North German Railway stocks. Columns include company name (e.g., Nordd. Gr. R. A. B., Ostpreuss. R. A. B.), price, and other details.

zu- u. ausländische Prioritäts-Obligationen.

Table of domestic and foreign priority obligations. Columns include title (e.g., Aachen-Mastricht, Badische R. A. B.), price, and other details.

Eisenbahn-Aktien u. Stamm-Prioritäten.

Table of railway stocks and preference shares. Columns include company name (e.g., Aachen-Mastricht, Altona-Kieler), price, and other details.

Platzdiskont 5 1/2 pCt.

6proz. ungar. Schatzbonds 30 1/2. Konigs 91 1/2. Aktien. 5proz. Rente 67 1/2. Lombarden 114 1/2. 5proz. Russen de 1871 99 1/2. 5proz. Russ. de 1872 99 1/2. Silber 57 1/2. Türk. Anleihe de 1-65 41 1/2. 6proz. Türken de 1869 54. 6proz. Vereingl. St. vr. 18-2 102 1/2. do. 5 pCt. fundirt 163. Desterreich. Silberrente 68 1/2. Dester. Papierrente 62 1/2.

Paris 7. Dezember, Nachmittags 12 Uhr 40 Minuten. 3proz. Rente 62, 75, Anleihe de 1872 99, 40, Italiener 68, 65, Franzosen 698, 75, Lombarden 292, 50, Türken 45, 12. Fest. (Schlußkurs.) 3proz. Rente 62, 80. Anleihe de 1872 99, 42 1/2. Ital. 5proz. Rente 67, 95. Ital. Tabakaktien - -. Franzosen 698 75. Lombard. Eisenbahn-Aktien 295, 00. Lombard. Prioritäten 251 1/2. Türken de 1865 44, 92. Türken de 1869 273, 00. Türkenloose 123 7/8.

New-York 5. Dezember, Abends 6 Uhr. (Schlußkurs.) Börsliche Notizung des Goldagio 11 1/2, niedrige 11 1/2. Wechsel auf London in Gold 4 D. 85 1/2 C. Goldagio 11 1/2. Bonds de 1887 116 1/2. do. neue 5proz. fundirt 112 1/2. Bonds de 1887 119 1/2. Erie-Bahn 26 1/2. Central-Pacific 96 1/2. New-York Centralbahn 101 1/2. Baumwollen in New-York 14 1/2. Baumwolle in New Orleans 14 1/2. Mehl 5 D. 15 C. Raffin. Petroleum in New-York 10 1/2. do. Philadelphia 10 1/2. Rother. Frühlingsweizen 1 D. 23 C. Mais (old mixed) 93 C. Zucker (Fair refining Moscow) 8 1/2. Kaffee (Rio) 17 1/2. Getreideertrag -

Das Geschäft in Eisenbahnaktien gewann nur mäßige Ausdehnung, die Course zeigten feste Tendenz und theilweise kleine Besserungen. In letzterer Beziehung sind von preussischen Werthen die Rheinisch-Westfälischen, Berliner Devisen und Magdeburg-Halberstadt zu erwähnen, die auch ziemlich lebhaft umgingen. Leicht inländische Aktien waren ruhig und fest; Halle-Sorauer-Gubener und Märkisch-Posener etwas lebhafter. Desterreichische Nebenbahnen blieben still; Galizier waren matter, Nordwestbahn steigend und wie mehrere in verhältnismäßig gutem Verkehr. Rumänische Aktien hatten in schwankender Tendenz ziemlich regen Verkehr. Bankaktien und Industripapiere verkehrten ruhig zu meist behaupteten Courten. Gau devisen wie Diskonto Kommandit-Antheile, Preussische Boden-Kreditbank, Darmstädter Bank, Centralbank für Industrie und Handel, Laurahütte und andere Montanwerthe waren höher und lebhafter.

Industrie-Papiere.

Table of industrial stocks. Columns include company name (e.g., Aquarium-Aktien, Bazar-Aktien), price, and other details.

Versicherungs-Aktien.

Table of insurance stocks. Columns include company name (e.g., A. Münch. F. V. G., Aach. Rück-Verf. G.), price, and other details.

Gold, Silber u. Papiergeld.

Table of gold, silver, and paper money. Columns include title (e.g., Louisdor, Souverain), price, and other details.

Wechsel-Kurse.

Table of exchange rates. Columns include location (e.g., Berliner Bankdisk., Amsterdam), price, and other details.